

Ich schlage der Stadtvertretung vor, folgende Erklärung zu unterstützen und in einem Akt kommunaler Selbstverantwortung auch mit zu veröffentlichen und an die Menschen heranzutragen:

1. Sämtliche von den Regierungen in Berlin und Schwerin seit 2020 verfügten grundrechtseinschränkenden Maßnahmen zum vorgeblichen Schutz der Bevölkerung werden für die Einwohner, die hier tätigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, alle öffentlichen Einrichtungen und die Besucher der Stadt und ihrer zugehörigen Ortsteile als **unnötig** und für das Gemeinwohl der Kommune als **schädlich** erklärt. Dazu gehört auch und insbesondere die in diesen Tagen im Bundestag diskutierte Impfpflicht und deren von der Regierung beabsichtigte Einführung.
2. Wir rufen deshalb dazu auf, jegliche Pflichten und Zwänge im Zusammenhang mit den sogenannten AHA- und G-Regeln und dabei ganz besonders die zu Tests und einer Impfung im Zusammenhang mit dem Corona-Virus als hinfällig zu betrachten.

Gleichwohl sehen wir hiervon das Recht jedes Einzelnen unberührt, sich womit und wovor auch immer zu schützen, wenn er das für sich persönlich als richtig und notwendig empfindet.

Wir fordern in diesem Zusammenhang jedoch alle Menschen, die hier leben und arbeiten, dringend dazu auf, ihren Gesundheitsstatus wieder als Privatsache zu betrachten, nicht als Gegenstand öffentlicher Diskussion oder als Mittel der Etikettierung zur Ab- oder Ausgrenzung gegenüber anderen.

3. Wir fordern die Betreiber bzw. Verantwortlichen aller Geschäfte sowie aller sonstigen privaten und öffentlichen Einrichtungen im Stadtgebiet auf, sämtliche schriftliche und grafische Hinweise auf Pflichten wie unter 2. genannt an ihren Zugängen - und damit aus dem Stadtbild - zu entfernen. Weiterhin sollten es alle Arbeitgeber und sonstig Verantwortliche ab sofort vermeiden, auf Menschen ihres Tätigkeitsbereiches Druck in jedweder Form auszuüben, der auf gesundheitspolitische Erfüllungshilfe aus ist.
4. Wir hoffen und erwarten, dass sich dadurch zumindest in unserer Stadt alle Menschen, dabei ganz besonders und zuerst alle Kinder und Jugendlichen, wieder frei und ohne Zwänge, würdevoll und mit offenen Gesichtern in allen Innen- und Außenräumen bewegen und begegnen können. Und auf diese Weise die unübersehbare Verunsicherung und Gespaltenheit überwunden wird, die in nahezu alle Familien und Freundeskreise hineinreicht, und so wieder Frieden und Zuversicht in unser aller Leben einziehen!

Begründung:

Es ist unübersehbar: Von den Regierungen, so wie sie jetzt etabliert sind, können wir nichts erwarten, was dem Leben aller Menschen in unserem gemeinsam aufgebauten Land wieder eine sinnvolle Perspektive geben könnte, mit fadenscheinigen Lockerungen sollen wir nur weiter in die Irre geführt werden und brav weiter unserer fortschreitenden Entmündigung zusehen - und der

Einführung einer verfassungswidrigen Impfpflicht mit Wirkstoffen, die nachweislich vielen schaden und niemanden wirklich nützen - außer der Pharma-Industrie.

Also kann die katastrophale Entwicklung, die uns nun auch noch in die Beteiligung an einen Krieg in Europa getrieben hat, nur durch souveräne Handlungen der Menschen dort, wo sie leben – also in den Kommunen – aufgehalten werden, im wahren Sinne einer kommunalen

Selbstverantwortung und -verwaltung. Ich sehe die **Gefahr des Zusammenbruchs der verfassungsmäßigen staatlichen Ordnung** in der Bundesrepublik Deutschland, der durch eine rasant fortschreitende Verarmung der arbeitenden Bevölkerung bei gleichzeitiger Destabilisierung des wirtschaftlichen Mittelstands, der der bisherige Garant der Wohlstandsgesellschaft war, unausweichlich scheint. Zu verantworten haben diese längst absehbare Ruinierung unseres Landes die Spitzenpolitiker sowohl der gegenwärtigen als auch vorherigen Regierung, bzw. die daran beteiligten Parteien und deren Berater.

Das Ausmaß ihrer Unfähigkeit hat einen Stand erreicht, der sie zu einer Gefahr für die gesamte Gesellschaft gemacht hat, und dabei ist es unerheblich, ob sie den Bestand unserer Ordnung aus Dummheit oder mit Absicht zum Einsturz bringen. **Dagegen** muss daher gemäß Artikel 20 (4) des Grundgesetzes der BRD das Recht zum Widerstand genutzt werden, was ich persönlich allerdings bereits als Pflicht ansehe.

Gemäß Abs. 2 des genannten Artikels hoffe ich darauf, dass Sie das in der Mehrheit auch so sehen: *Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus* – und das sind Sie und ich und wir alle hier! Machen wir also mit einem Akt notwendiger kommunaler Zivilcourage den Anfang – und hoffentlich Schule.

Name, Vorname, Ort

März 2022

(im Namen vieler Menschen aus und Umgebung)